

Bezugspreis:

Für den Monat August 30.- M., vorans zahlbar. Unter Abzug für Deutschland, Dänig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Luxemburg 120.- M. für das übrige Ausland 170.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Danemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Preußen, Kurland, Ostpreußen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigepreis: Die einjährliche Anzeigenliste kostet 12.- M. Kleinanzeigen das erste Wort 7.- M. (zweites Wort 4.- M., jedes weitere Wort 3.- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 10.- M.

Einigen Nr. die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größtens von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Donnerstag, den 10. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeraten Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Vor der Entscheidung in London.

Keine Einigung. — Einberufung des englischen Ministerrats.

London, 9. August. (Reuter.) Der Redaktionsausschuß der Konferenz hat seine Arbeit noch nicht beendet, sondern sich um 3 1/2 Uhr nachmittags vertagt. Bisher ist über eine neue Vollziehung der Konferenz noch nichts vereinbart worden. Die vorherrschende Meinung geht dahin, daß, obwohl man noch nicht alle Hoffnung aufzugeben braucht, die Lage doch sehr ungünstig sei, und ein Zusammenbruch der Konferenz keine Ueberraschung hervorrufen würde.

London, 9. August. (Reuter.) Auf Grund der Tatsache, daß keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, ist für morgen eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden. Die Minister sind in ihre verschiedenen Ferienaufenthalte verstreut, viele von ihnen müssen eiligst aus dem Ausland zurückkehren. Es wird erklärt, daß die Lage zweifellos ernst ist, das Kabinett wird morgen ernste Entscheidungen zu treffen haben.

Eine kritische Lage.

London, 9. August. (CP.) Da jede Partei auf ihrer Position beharrt, ist die Lage gespannter als je. Einer der Unterhändler erklärte, daß keine Aussicht auf eine Verständigung mehr bestehe. Lloyd George soll gesagt haben: „Ich kann nicht mehr länger zugeben, daß Deutschland ruiniert wird, dadurch werden wir uns nicht bezahlt machen.“ Poincaré soll erklärt haben: „Ich will, daß Deutschland den Versailler Vertrag erfüllt und produktive Pfänder gibt.“ Theunis sucht nach wie vor zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt vermittelnd einzugreifen. Er soll heute morgen Lloyd George und Poincaré erklärt haben, der Gegensatz zwischen ihnen bestehe weniger auf tatsächlichen als auf prinzipiellen Gebiet. Die Diskussion drehe sich mehr um Gefühle als um scharf umrissene Tatsachen. Lloyd George fordert noch wie vor ein sofortiges und langfristiges Moratorium, während Poincaré nur ein Moratorium von kurzer Dauer zulassen will und produktive Pfänder verlangt. Lloyd George ist der Ansicht, daß die französischen Vorschläge Deutschland einem schnellen Ruin entgegenführen werden. Poincaré hat gestern abend beim Bankett in der französischen Botschaft erklärt, daß er keinen Finger breit nachgeben werde.

Paris, 9. August. (M.B.) Der Londoner Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ kennzeichnet den Stand der Konferenz nach der Unterredung zwischen Lloyd George, Poincaré und Theunis am Vormittag wie folgt: Da jeder bei seinem Standpunkt bleibe, sei die Lage gespannter als je und im Augenblick hoffnungslos. Einer der Unterhändler habe geäußert, es sei keine Grundlage für eine Verständigung denkbar. Für den Fall, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht zu überwinden seien, schreibe man Poincaré die Absicht zu, sofort die Kammer einzuberufen.

Die französische Presse stützt Poincaré.

Paris, 9. August. (M.B.) „Journal des Débats“ schreibt über die Krise der Londoner Konferenz: Wir hoffen stark, daß Poincaré sich nicht einschüchtern läßt. Das wird ihm, wenn er will, nicht schwer fallen, da Frankreich sein Anrecht auf Reparationen nicht auf unabsehbare Zeit aufgeben kann. Es hat weder den Wunsch noch die Absicht, die Entente im allgemeinen Sinne des Wortes zu brechen selbst für den Fall, daß es in den besondern in Rede stehenden Punkten genötigt ist, eine gewisse Bewegensfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen. Es wird betont, ein leichtes sei, vorzutun, daß Lloyd George die ganze Verantwortung selbst übernehme für ein Ereignis, das man in Frankreich beklagen würde, aber in keiner Weise provoziert hätte. Inzwischen könnte

der Ruin der Entente

in einem Falle, da Frankreichs Existenzfrage auf dem Spiel stehe, nur als unstatthafes Druckmittel wirken. In diesem Fall, den glücklicherweise die Ereignisse nicht verwirklichen werden, würde Poincaré gut daran tun, wenn er den verbündeten Regierungen den Entwurf des umfassenden Planes überreichte, den er vorbereitet hatte, und daran erinnerte, daß das Londoner Kabinett durch seine Weigerung, tatsächlich miteinander im Zusammenhang stehende Fragen auch gleichzeitig zu untersuchen, einer Prüfung des französischen Planes vor vornberein Widerstand geleistet habe. Es wäre zweckmäßig hinzuzufügen, daß die französische Regierung immer geneigt bleiben werde, die Verhandlungen auf dieser Grundlage wieder aufzunehmen. Es dürfe aber nicht außer acht gelassen werden, daß vor der öffentlichen Meinung der Welt die Tatsache in das rechte Licht rücken könnte, daß von französischer Seite alles versucht worden sei, um den Boden für eine Verständigung zu finden. „Information“ erklärt, Poincaré habe in Frankreich, ja sogar in Europa eine moralische Anhängerenschaft, die an seiner Tätigkeit Gefallen findet. Er möchte Frankreichs Rechte aus dem Versailler Vertrag

in die Tat umsetzen.

Indessen dürfe man nicht erwarten, daß sein Programm uneingeschränkt Annahme finde. Man könne nur hoffen, daß schließlich eine Verständigung in einigen Punkten erreicht werde. Frankreich erde seine ganze Politik der Reparationsfrage unter, eifersüchtige

Rationen aber wünschten ihm kein Gelingen, und das alles verdiente bedacht zu werden.

„Liberté“ legt Poincaré nahe, daß er sich nicht so terrorisieren lassen solle, wie einige seiner Vorgänger. Gestützt von seinem ganzen Lande, in einmütigem Auftrag des Ministerrats, sei er nicht einen Fußbreit zurückgewichen. Lloyd George, während, daß seine bis jetzt unbestrittene Vormacht eine Schlappe erlitten habe, sei gleich zu der Drohung übergegangen, er habe von der Praxis Gebrauch gemacht, deren er sich schon in San Remo und anderwärts bedient habe und habe von einem etwaigen Abbruch der Verhandlungen gesprochen, der auch den Bruch der Entente cordiale nach sich ziehe. In Wirklichkeit, schließt das Blatt, werde der französisch-englische Bruch sich nicht bezahlt machen. Er wäre vernichtend für Frankreichs Allierte. Es sei also besser, daß man sich verständige.

Oesterreich als warnendes Beispiel.

Paris, 9. August. (M.B.) Nach dem „Intransigeant“ werde die Konferenz, bevor die Teilnehmer auseinandergehen, sich noch mit der österreichischen Finanzlage befassen. Die gestern abend eingetroffene Rote Oesterreichs, in der die Regierung erklärt, sie werde die Landesverwaltung den Verbündeten übergeben, wenn man Oesterreich nicht die Pfänder zurückerstatte, die man ihm genommen habe, habe die Allierten zum Nachdenken veranlaßt. Naturgemäß dürfte man einer ähnlichen Lage auch in Deutschland gegenübersehen.

Frankreich und die deutsche Farbstoffindustrie.

Unter den Forderungen, die Poincaré nach London mitbrachte, figuriert an dritter Stelle die einer sechzigprozentigen Abgabe vom Aktienkapital der auf dem linken Rheinufer gelegenen chemischen und Farbstofffabriken. Diese sechzig Prozent sollen einem internationalen Syndikat übermittlelt werden.

Wir wissen schon lange, daß das Monopol, dessen sich die deutsche Farbstoffindustrie auf dem Weltmarkt erfreut, den Hauptwettbewerbsmächten ein Dorn im Auge ist. Die Bemühungen Englands und Frankreichs, durch eine eigene Farbstoffindustrie sich von dem Bezuge deutscher Anilinfabriken zu emanzipieren, haben bisher keinen Erfolg gezeitigt. Frankreich, von diesem Mißerfolg lernend, hat einen anderen Weg eingeschlagen. Zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und dem französischen Farbenruß war seinerzeit ein Abkommen geschlossen worden, worin der letztere gegen den Vorteil der Ueberlassung von deutschen chemischen Arbeitsverfahren sowie des Verzichtes der deutschen Unternehmungen auf den Wettbewerb innerhalb Frankreichs seinerseits auf jede Konkurrenz mit den Deutschen außerhalb Frankreichs gänzlich verzichtet hat.

Interessant ist nun, daß in der ordentlichen Generalversammlung einer zum Anilinkonzern gehörigen Aktiengesellschaft, der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die Aktionäre sich vergeblich bemühen, über das geschlossene Abkommen Auskunft zu erhalten. Verweigert wurde nun diese Auskunft nicht direkt, die Verwaltung verschänzte sich hinter politische Interessen und Geschäftsgeheimnisse, bestritten wurde es aber nicht. Nebenfalls empfand die deutsche Öffentlichkeit dieses Abkommen seinerzeit als eine Preisgabe deutscher wirtschaftlicher Interessen an das Ausland.

Aber auch in Frankreich machten sich kritische Stimmen bemerkbar. Die Vereinbarung wurde als eine Unterjochung der französischen durch die deutsche Industrie kommentiert. In der Richtung der Poincaréschen Politik liegt es nun, diesen nationalistischen Kritikern, denen die Vereinbarungen nicht weit genug gingen, nachzugeben und die Hand vollständig auf die deutsche Farbstoffindustrie zu legen. Es soll ihr jede Bewegensfreiheit genommen werden, denn, wenn die Wünsche Poincarés zur Wirklichkeit werden und sich damit die Aktienmajorität der Farbstofffabriken in ausländischen Händen befindet, haben die ausländischen Ingenieure und Industriellen natürlich auch die Möglichkeit, die Fabrikationsgeheimnisse der deutschen Farbstofffabriken kennen zu lernen und, was die anderen Nationen auf legalem Wege nicht erreichten, das würde durch diesen Vorschlag erreicht werden, nämlich: das deutsche Farbmonopol auf dem Weltmarkt würde beseitigt.

Die Plädoyers im Moskauer Prozeß.

Sadoul für ein mildes Urteil.

Moskau, 9. August. (M.B.) Unter den Plädoyers im Moskauer Sozialistenprozeß ist die Rede des französischen Kommunisten Sadoul besonders bemerkenswert. Sadoul sagte u. a.: „Die Angeklagten wollen das Tribunal herausfordern und sie erklären, daß sie nach einem harten Urteilspruch stehen. Da ein solches Urteil ihre Partei mit einem Glorieur ein umgeben würde. Das Revolutionstribunal übt jedoch keine Rache. Wenn die Revolutionsmacht erstarbt und der Feind besiegt ist, wird das Oberste Tribunal durch seinen Urteilspruch zeigen, daß die Revolution keinen Tropfen Blut ohne Rot vergießt.“

Kautskys ProgrammBuch.

Von Paul Kampffmeyer.

Im Interesse der sozialistischen Einigung hatte Genosse Karl Kautsky ein neues sozialdemokratisches Parteiprogramm vorbereiten wollen. Nach seiner Ansicht stand der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien vor der Tür, und der Einigungsparteitag mußte eine neue Organisation und ein neues Programm bringen. Seine von so vielen Genossen geteilte Hoffnung schlug zunächst fehl; aber das hinderte Kautsky nicht, eine programmatische Arbeit zu verfassen, und zwar in einem so weitsichtig-persönlichen Geiste, daß sie notwendig ganz in der Richtung der Einigung der sozialistischen Parteien wirken muß.

Für den Schöpfer des Erfurter Programms, Kautsky, ist es eine mutige, selbstkritische Tat, wenn er selbst eine revidierende Hand an dieses Programm legt. Nach dem Erfurter Programm führt die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes. Kautsky räumt ohne weiteres ein, daß von einem Untergang des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft nicht gesprochen werden kann; und daher gibt er dem einleitenden Satz des Erfurter Programms diese Fassung: Die ökonomische Entwicklung führt mit Naturnotwendigkeit zum Entkommen und zur Herrschaft des kapitalistischen Großbetriebes, der immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und ihn zur Nichtigkeit verurteilt.“ Kautsky entfernt weiter den Satz aus dem Erfurter Programm, der die Krisen als immer umfangreicher und verheerender schildert, die Krisen, die „allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“ In dieser Fassung läßt sich nach Kautsky dieser Satz von grundsätzlicher Bedeutung, der einst den Höhepunkt in der Darstellung der zum Sozialismus treibenden Tendenzen des Kapitalismus bildete und dessen eigentliche Katastrophe ankündigte, nicht mehr aufrecht erhalten. Alles, was an diesem Satz an die Zusammenbruchstheorie des „kommunistischen Manifests“ erinnert, ist aus ihm von Kautsky entfernt worden, und er lautet nun, ganz bescheiden, nur eine soziale Tatsache feststellend, folgendermaßen: „Die Unsicherheit der Existenz für die arbeitenden Klassen wird am qualvollsten und erbittertsten in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise tief begründet sind.“ Aber aus dem Kautskyschen Programm verschwindet nicht nur die Katastrophentheorie, sondern auch die sogenannte Verelendungstheorie. Nach dem Erfurter Programm bedeutet die von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolistisch ausgebeutete wirtschaftliche Umwandlung für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“ Kautsky hält es für fraglich, ob die Fassung dieses Passus die „glücklichste“ ist, und er gibt zu, daß der Passus „auf den ersten Blick eine Auffassung ermöglicht, die nicht marxistisch, sondern vormalistisch ist, als wolle sie sagen, daß das Proletariat immer hungrier, immer abhängiger, immer gefnedeter wird, das heißt, daß es immer mehr die Fähigkeiten verliert, sich selbst zu befreien.“ Jetzt spricht Kautsky in seinem neuen Programmvorschlag nur davon, daß der Kapitalismus den Proletariern und Mittelschichten Unsicherheit ihrer Existenz, Elend, Druck, Knechtung, Erniedrigung, Ausbeutung gebracht hat und daß er sich ununterbrochen bemüht, alle arbeitenden Schichten immer tiefer herabzudrücken. Von der tatsächlich wachsenden Zunahme des Elends usw. ist also nicht mehr die Rede.

Kautsky fehlt an dem Görlitzer Programm das Fehlen eines Satzes über die notwendige ökonomische Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus aus. Das ist erfreulicherweise nicht der Fall, denn das Görlitzer Programm hebt die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die Trennung der breiten Massen von ihren Produktionsmitteln, die Verwandlung der Arbeiter in beschloße Proletariats, die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern, die Steigerung der wirtschaftlichen Ungleichheit, die Verelendung weiter Schichten in Not und Elend mit gebührendem Nachdruck hervor und betont dann sofort die geschichtliche Notwendigkeit des Kampfes für die Befreiung des Proletariats. In der ganzen Entwicklung der „kapitalistischen Wirtschaft“ liegt also ein notwendiges, die Befreiung des Proletariats aus kapitalistischen Fesseln erzwingendes Moment — ein Moment, das große Klassenkämpfe entfesselt. Der zu diesem Resultat führende „Prozeß“ ist durch den Weltkrieg nach dem Görlitzer Programm noch direkt verschärft worden. Hier wird die Erweiterung der Kluft zwischen Kapital und

*) Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm. Stuttgart, J. H. W. Dietz und Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1922.

Arbeit, die wachsende Kartellierung und Ver-
tristung der Industrie, die im Erfurter Programm nicht
ausdrücklich erwähnt war, sowie die Proletarisierung des
„neuen Mittelstandes“ geschildert. Das bedeutet nach unserer
Meinung eine sehr wesentliche Ergänzung des Erfurter Pro-
gramms, ebenso wie die Charakterisierung des Imperia-
lismus im Görlicher Programm, dieses weltpolitischen
Herrschafts-systems, das im Erfurter Programm noch völlig un-
beachtet blieb. Das Görlicher Programm springt gleichsam
aus der Zeit heraus — und das ist nach meiner Meinung ein
Vorzug dieses Programms. In ihm regt sich auch der „neue
Mittelstand“, der sich in seiner Entstehung, Bildung und
sozialen Stellung mannigfach vom Industrieproletariat unter-
scheidet. Im Hinblick auf diesen befonderen „Stand“ ist die
Wendung des Görlicher Programms von der Zusammen-
fassung aller körperlich und geistig Schaffenden durch die So-
zialdemokratie sehr glücklich. Und die Ueberwindung des Ka-
pitalismus wird angesichts dieses „Standes“ mehr als nur
das Wert des „industriellen Proletariats“.

Das Ziel der sozialistischen Einigung steht vor Augen,
verrichtet Genosse Kautsky in seiner Programmkritik eine
zweckvolle Vorarbeit für die theoretische Ver-
ständigung der sozialdemokratischen Parteien. Aber damit
nicht genug, er schlägt auch in der sozialistischen Tak-
tik eine verbindende Brücke zwischen diesen Parteien. Und
diese Verständigungsarbeit ist um so höher einzuschätzen, da,
wie er darzut, die proletarischen Parteien in Deutschland und
England vor der Eroberung der politischen Macht stehen. Da-
mit beginnt nach seiner Ansicht die Einwirkung der Staats-
gewalt auf den Produktionsprozess in proletarischem Sinne,
und „von da nimmt die ökonomische Entwicklung die Rich-
tung zum Sozialismus an“. Kautsky spricht hier selbstver-
ständlich von der klaren, allein ausschlaggebenden
Beeinflussung der Staatsgewalt durch das Proletariat
und von der bewußt erstrebten, gradlinigen Entwik-
lung zum Sozialismus; denn er ist ja von der Marxschen Idee
völlig durchdrungen, daß die ökonomischen Verhältnisse selbst
unter kapitalistischer Herrschaft schon unbewußt auf den
Sozialismus lossteuern. Eine wenn zwar nicht rein ausge-
prägte, aber immerhin schon fühlbar in Erscheinung tretende
Einwirkung des Proletariats auf die Staatsgewalt steht sich
vor allem in der Phase der bürgerlich-proletarischen Ko-
alitionsregierungen durch, und es ist von Kautsky
sehr verdienstvoll, daß er klipp und klar die Notwendigkeit
einer proletarisch-bürgerlichen Koalitionsregierung erweist.
Er spricht von einem Gleichgewichtszustand der Klassen in der
einseitigen Phase der proletarischen Revolution, in jener
Phase, in der das Proletariat nicht allein die Herrschaft zu
gewinnen vermag, wohl aber doch schon zu stark ist, als daß
jemandem der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegen-
satz zum Proletariat behaupten könnte. „In diesem Stadium“,
so führt er wörtlich aus, „würde durch das Streben nach einer
reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und
damit ein gedeihliches ökonomisches Leben ganz unmöglich.
Staat und Gesellschaft und alle ihre Teile, das Proletariat mit
inbegriffen, müßten in die äußerste Notlage geraten.“ Allen
Illusionspolitikern zum Verdruß glaubt Kautsky die Tatsache
feststellen zu müssen, daß die Idee der Koalitionspolitik immer
mehr an Boden gewinnen und die proletarische Revolution
immer mehr beherrschen werde. Er prägt die Marxschen
programmatischen Ausführungen von der zwischen der kapita-
listischen und kommunistischen Gesellschaft liegenden Periode
der proletarischen Diktatur in den Satz um:
„Zwischen der Zeit des rein bürgerlich und des rein prole-
tarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der
Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch
eine politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der
Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird.“ Jener
Satz gilt nach seiner Ansicht überall dort, wo sich die Eroberung
der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Weg
der Demokratie vollzieht — auf dem nach dem Zusammen-
bruch der großen Militärmonarchien normalen Wege —,
wie Kautsky besonders betont. Und die Revolutionsromantiker,
denen das Licht vom Osten noch die Augen blendet, rüttelt er

mit dem eindringlichen, ernstmahrenden Satz auf: „Wer
heute noch die Koalitionspolitik grundsätzlich
verwirft, der ist blind für die Zeichen der
Zeit. Der ist unfähig, ihren Aufgabengerech-
t zu werden.“

Da der Arbeit unseres Genossen Kautsky eine starke, die
theoretischen und tatsächlichen Ansichten der sozialistischen Ar-
beiterschaft klärende Heilkraft entspringt, hat sie in der gegen-
wärtigen Lage des noch getrennt marschierenden sozialistischen
Proletariats eine sehr aktuelle politische Bedeu-
tung. Auch wenn sie theoretisch Meinungskämpfe über die
Planwirtschaft, über den Sozialismus, über die wirtschaft-
liche Machteroberung, über das landwirtschaftliche Problem
u. s. w. entfesseln sollte, so trägt sie durch die Sachlichkeit ihrer
Ausführungen doch wesentlich zur Verständigung des
Proletariats über die grundlegenden theoretischen und
tatsächlichen Fragen bei; und sie hilft so zielklar den Weg zur
sozialistischen Einigung bahnen.

Rechtsbolschewismus — unterm Strich.

Den zum Schutz der Republik berufenen amtlichen In-
stanzen liegt auch die Kontrolle der reaktionären Zeit-
schriften ob. Zahlreich Verboote von Zeitungen und Zeit-
schriften beweisen, daß die Behörden sich ihrer Pflicht bewußt
sind. Es scheint aber, als ob man sein Augenmerk nur auf den
eigentlich politischen Teil richtet und das unbeachtet läßt, was
sich „unter dem Strich“ oder im sogenannten Unterhaltungs-
teil ereignet. Nur so ist es zu erklären, daß im Rahmen der
Feuilletons eine Reihe ungenierter Federn noch immer rüstig
an Werke sein darf, die Republik und ihre verantwortlichen
Leiter mit Schmutz zu bewerfen und in mehr oder weniger
verblümmter Form zum Umsturz der bestehenden Staatsform
aufzuföhren.

Seit einigen Wochen veröffentlicht die Scherfsche „Woche“
einen von ihr mit besonderem Reklameapparat angekündigten
Roman von Rudolph Herzog. Er trägt den Titel „Ka-
meraden“ und spielt in Kreisen abgedankter Offiziere.
Einige Proben mögen einen Begriff davon geben, was Herr
Herzog und die Redaktion der „Woche“ sich heute noch leisten
zu können meinen.

Einer der „Helden“ erzählt, wie er seiner Offizierspau-
letten verlustig gegangen ist:

„Wir sind vom Jägerbataillon — wir vier. Der Rest vom Offi-
zierkorps. Ich hab's von Anfang bis zum Ende geführt, und als die
Schweineerei kam, dieser hirnverbrannte Waffensüßling, dieses West-
fischen auf dem Bauch, dieses Hinkelmeißen der letzten Mannes-
würde um des bishigen kläglichen Lebens willen — na ja, schon gut.
Ich rede ja zu keinem aus dem Urwald... Die Geschichte hat sich in
überall in derselben Form abgepielt. Nur daß wir Nachhut — und
wie Jäger mit den Reiteren als die letzten — uns bis auf die aller-
letzte Minute geschlagen haben und darum noch nicht ganz blut-
schu waren, als wir endlich im Dezember über den Rhein rückten,
in des Vaterland der neuen Freiheit. Die Waffen sollten wir nieder-
legen vor einem Haufen zusammengelaufener Burshen. Die Waffen,
die wir noch in letzter Abwehr und zum Schutze deutscher Bürger
dem Feind durch die Presse gezogen hatten. Und dies heilige-
ste Band oder Log in den Fenstern der Häuser, als wäre es im Theater,
und sah sich die allerneueste Operette an. Da gab ich den Befehl:
Legt an! Es gab ein paar blutige Köpfe, aber auch Luft für uns.
Zwei Tage darauf führte ich das Bataillon, Schützengast, in seinen
heimatlichen Standort. Die Leute wurden entlassen. Wir vier —
der Rest vom Offizierkorps — durften noch verweilen. Wurden
wegen Beleidigung der neuen Volksseite ins Verhör genommen. Von
den Linksblättern durch den Dreck gezogen. Vom Böbel angebrüllt.
Endlich sang- und klanglos abgedankt. Ich glaub — wir schreiben
Februar.“

„Ganz recht — wir sind in der Carnevalszeit.“

„An einer anderen Stelle heißt es:
„Ob ich verrückt geworden bin? Mein Wort darauf: nie! Aber
die Regierung ist verrückt geworden und alle wohlweisen Räte um
herum, daß sie diese unerhörte Ausbeutung Deutschlands zugun-
sten des Auslandes und eines Börsenklüngels zuläßt. Grünschneer

sind das und blutige Anfänger die auf den wackigen Brettern gleich
die großmächtigen Helden spielen wollen, ohne erst einmal das Gehen
und Stehen gelernt zu haben. Ob mir, lieber Bolker, Geldbesorgen
kommen? Ich sagte Ihnen doch, ich habe mein Geld in vollwertigen
Dollars. Und wenn die Mark auf einen Nullpunkt sinkt, kauf ich mir
für einen Dollar einen Ochsen.“

Und schließlich noch eine Probe:
„Die neuen Machthaber haben uns alles genommen. Den eigen-
nen Glauben. Die fremde Achtung. Sie haben dem Volk als ein
Paradies vorgemalt, was nur eine überflüchtige Hölle ist. Sie haben
Taschenspielerkünste getrieben...“

Ueber die weiten, schneeerwehten Flächen sang und seufzte es.
Das warme Windchen, das sich ansiedelte, in der
Nacht zum Sturm zu werden. Sie horchten beide.

„Freund“, sagte der Braubärtige, „es wird uns nichts geschenkt
werden. Und alle die Gimpel, die auf die Reimruten gegangen sind,
werden ein böses Ende erleben. Trotzdem, sind wir erst dort, daß
wir lebenden Auges nichts mehr zu verlieren haben, so werden wir
endlich, endlich alles wieder zu gewinnen haben. Das ist unerbitt-
liche Folgerichtigkeit. Und für diesen Zeitpunkt gilt es
heute schon zu arbeiten.“

„Arbeiten? In Deutschland? Wo die Arbeit des Strebjamen
unter Strafe gestellt wird?“

„Ja, Freund. In diesem selben Deutschland.“
Bolker lachte auf. Es klang hart und trug doch einen munden
Ton.

„Lehren Sie mich dieses Kunststück, Döllingent, und ich verspreche
Ihnen, Ihr gelehrigster Schüler zu werden.“

Da lachte auch der Alte. Und es war sein vergnügtes,
hinterhältiges Lachen.

Dieses alles sind Stichproben, die sich ohne Mühe verzehn-
fachen ließen. Aber wir glauben, daß sie genügen, um die
Aufmerksamkeit derer, die es angeht, auf das edle Scherl-Blatt
und seinen gefeierten „Dichter“ zu lenken.

Ludendorff, der Peinliche.

Zur Erklärung Ludendorffs über seinen Brief an Sonntag
spricht der deutschnationale „Tag“ den Wunsch aus, daß mit
solchen Klatschgeschichten ein Schluss gemacht würde:

Sie wirken auf jeden Menschen gleich welcher politischen Rich-
tung peinlich, wie es überhaupt erwünscht ist, daß auch General
Ludendorff ein direktes oder indirektes Herkommen zu ver-
meiden sucht. Der sorgfältige Streit um Ludendorff in der Öffent-
lichkeit schadet der nationalen Bewegung.

Das also ist das Ende! Ein schwarzweißroter Maulkorb
mit Eichenlaub und Schwertern.

„Königliche“ Formulare.

Da wiederum Fälle vorgekommen sind, in denen Schriftsätze
von Gerichtsbüro den die Bezeichnung „Königlich“ enthielten,
hat der preussische Justizminister die Justizbehörden erneut darauf
hingewiesen, daß alle Sorgfalt aufgewandt werden müsse, dies in
Zukunft zu vermeiden. Es ist insbesondere angeordnet worden,
daß bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften, Strafanklagen, Notaren
und Gerichtsbeschreibern die Restbestände der alte Vor-
drucke erneut darauf nachgeprüft werden, ob die in
ihnen enthaltenen Hinweise auf die früheren Staatsformen getilgt
sind, und daß nötigenfalls diese Tilgung sofort nachgeholt wird.
Ueber jeden Besonnit werdenden Fall; in dem trotz dieser Anord-
nungen ein behördliches Schriftstück einen Hinweis auf die frühere
Staatsform enthält, hat der Minister Bericht eingefordert.

Vom Justizministerium zum Kammergericht. Wie die P.P.P.
hören, wird der bisherige Personalkorreferent für die Staats-
anwaltschaften und den Kammergerichtsbezirk Staatsanwaltschafts-
rat Brehler am 1. Oktober aus dem Justizministerium aus-
scheiden und zum Senatspräsidenten am Kammergericht ernannt
werden. Gegen die Verwendung Brehlers als Personalkorreferent
waren im Preussischen Landtag wiederholt lebhafteste Bedenken er-
hoben worden, weil Brehler politisch weit rechts steht und
Vorsitzender des deutschnationalen Wahlvereins in Berlin-
Königsplatz ist.

Triumphe der Staatskunst.

Von Hans Klabausermann.

Vorgestern ist Poincaré in London eingetroffen, um sich mit
Klogd George über seine neueste Erfindung, die Retorsionen, zu
unterhalten. Auch andere Maßnahmen, der kranken Wirtschaft
Europas auf die Beine zu helfen, sollen besprochen werden, und wir
müssen dem energiegelassen Franzosen zugestehen, daß er in seine Heil-
methoden Abwechslung zu bringen versteht. Das ist ein oder
zwei, der auf seine Pferde immer wieder mit der Peitsche ein-
schlägt, wenn ihre Kräfte der Last nicht gewachsen sind. Lädt er da-
gegen noch mehr auf seinen Wagen, lenkt ihn dann auf einen an-
steigenden Weg und entzieht den Säulen für einige Tage das Futter,
so ist das ein ungleich lustigeres Verfahren.

Die Reile nach London ist für Poincaré, der ja nicht mehr zu
den ganz Jungen zählt, nicht unbeschwerlich, und wir wollen sein
Verdienst gewiß nicht schmälern. Wenn aber jetzt der bayerische
Ministerpräsident Graf Verdenfeld endlich in Berlin begrüßt werden
darf, so ist das als ein noch glänzenderer Sieg der Idee der Völker-
versöhnung anzusehen. Daß wir den Gedanken einer Aussprache
mit dem auswärtigen Staatsvertreter verweigert sehen, haben wir
der hochentwickelten diplomatischen Kunst zu verdanken. Seit einer
Reihe von Jahren verfolgen wir mit Spannung die Anstrengungen
der zu Staaten vereinigten Völkergemeinden, mit den internationalen
Schwierigkeiten fertig zu werden. Wenn wir den jetzt erreichten
Zustand in Europa vorurteilsfrei betrachten, erheben wir uns ehr-
fürchtlich schauernd vom Stuhl und zollen unsere heisse Bewunderung
einer Diplomatie, die es dahin gebracht hat, wo wir heute auf-
atmend stehen. Die Anwesenheit Verdenfelds in Berlin ist demnach
nicht nur ein Triumph des Veröhnungswillens der Völker, sondern
auch ein Triumph der Staatskunst. Denn der Sitz der Reichs-
regierung ist Berlin, und Berlin ist die Hauptstadt von Preußen.
Das ist das Schlimme. Auf einer Münchener Hotelrechnung fand
mein Freund Josef Hartleb neulich den Posten „Fremdenzuschlag
45 Prozent“. Er wandte sich an den Geschäftsführer: „Hören Sie
mal, ich bin doch als Oesterreicher geschlagen genug, wenn ich für
zehn Mark Lebenshundertfünfunddreißig Kronen geben muß. Wes-
wegen soll ich nun noch Fremdenzuschlag zahlen?“ „Nestos, Sie sind
Oesterreicher“, erwiderte der Mann, „ja so, alsdann freilich ich Ihnen
die 45 Prozent. Ich hab' gemeint, Sie sind ein Preiß.“ Man sieht,
welche internationalen Gegensätze es zu überbrücken gilt. Seien wir
daher den Bayern für ihre Bereitwilligkeit dankbar, sich trotzdem
mit dem Ausland an einen Verhandlungstisch zu setzen, zumal es
sich um eine Angelegenheit handelt, die vielen Eingeborenen dieses
Landes ziemlich uninteressant ist, nämlich um den Schutz der Repu-
blik. Auch das wäre noch erträglich, wenn nicht dabei die Höflich-
keitsrechte Bayerns angegriffen würden. Das geht denn doch über die
Ausdauer. Jeder Einsichtige wird zugeben müssen, daß in einer
jungen Republik Reichsinteressen einen Quark bedeuten gegenüber
den Habelschreibern, die deswegen besonders ehrenwürdig sind, weil
sie bereits zu den herrlichen Zeiten der Monarchie bestanden haben.
Ja, Monarchie, Orden, Militärmusik, welche herrliche Bilder
ziehen da vor unserem sehnsüchtigen Gemüt auf. Wo steht Romantik
na Poche in einer patriotisch injiziertem Republik. Lust an

dem Tag, an dem die Demonstrationen „Nie wieder Krieg!“ statt-
finden, kommt die Nachricht nach Deutschland, daß auf dem Balkan
die Verhältnisse zum Wiederaufleben des frisch-fröhlichen Krieges
drängen. Vajzismus ist grau Theorie, ein leerer, kostloser
Schatten, Krieg aber ist eine gewaltige Symphonie von Heldentum,
von sich aufstürmenden, jugenden, überstürzenden, unschlichen Schau-
spielen menschlichen Trostes; aus Blut, Glend und Verderben, aus
dem Donnern der Geschüge, aus Verheerung und Tod steigt, los-
gerungen von den Ereignissen einer schweren Zeit, die Größe der
Menschheit, ihre zur höchsten Tugend entfaltete letzte Blüte, Treue
bis zum Tod (siehe Wilhelm II.) und selbstverleugendes Heldentum
(A. B. Dr. med. Ludendorff) aus des Krieges menschheit-
fördernder Wert (Stahlbad!) und unvergängliche Mission. (Dieser
wohlkristallisierte Satz stammt nicht von mir, sondern könnte fast von
Rudolf Herzog sein. Der Gerechtigkeit halber muß das hier fest-
genannt werden. Man soll sich nicht mit fremden Stahlfedern
schmücken.) Vor acht Tagen hat also, um nun endlich auf den Kern
der Sache zu treten, Prof. Johann Verweyen aus Bonn einen Vor-
trag über das Thema gehalten: „Müssen und dürfen Kriege sein?“
Er hat die Frage glattweg verneint. Zweierlei ist daran unver-
stänlich. Erstens ist Verweyen Universitätsprofessor. Das kann ja
nett werden, wenn nun schon unsere Unioersitäten beginnen, mo-
derne Ideen zu verflünden. Zweitens aber: der griechisch-türkische
Konflikt. Der hätte doch diesem Professor bereiten können, wie
unentbehrlich Kriege in Wahrheit sind. Stellen Sie sich vor, Herr
Professor: Geschäftig bestellt der griechische Bauer seinen Acker, nichts
Böses ahnend. Sein Acker ist seine Welt. Da tritt ein Diplomat
mit Würde an den Pflug und sagt: „Alibiades, unsere Interessen
in Smyrna sind bedroht!“ Was nützen die hohlen Phrasen vom
Vajzismus, so verpacken der Bauer mit seiner Scholle, mit seinem
kleinen Stüchlein Heimat auch ist, hier, das fühlte selbst ein Abge-
stumpfter, geht es um höheres. Mit dem frohen Ausruf: „Es lebe
die Autonomie Smyrnos! Konstantinos hurra!“ stürzt er zu den
Fahnen und löst den Acker sein. Wenn Smyrna und Angora
der Preis ist, dann ist ihm sogar seine Familie Würst, sehr geehrter
Herr Professor Verweyen aus Bonn!

Der Kranz der Mörder.

Von Carl Kruse.

In Folge auf dem Friedhof sind zwei Gräber aufgeschauelt.
Eine waurige Berühmtheit zeichnet sie aus. Mörder sind es!
Beides Mörder des Ministers Kalhenau.
Neugierige Menschen pilgern an diese Gräber. Die Ehrfurcht
vor den Schlämmern ringsum verbietet, gegen die toten Mörder
harte Worte zu gebrauchen. Die flachen Gräber zeigen keine Ge-
denktafel, keinen Schmuck. Nur Menschen stehen davor und denken
an die Schande, die jene dem deutschen Vaterlande angetan. Denken
ununterbrochen daran, sobald neue Menschen an die Gräber heran-
treten. Der Fluß der Menschheit trifft, blißstrahlend, die Toten.
Und eines Tages liegt ein Kranz von Eichenlaub mit einer
schwarzweißen Spitze auf den Gräbern. Einen Kranz von
Eichenlaub hat man hingelegt. Dosselbe Blatt, das Helfferich er-
hielt, als der Nord im Grünwald gellend in die Ohren der Menschen
klang.

Kranz um liegen die Gräber, auf denen die Erinnerung wie ein
heiliges Vermächtnis der lebenden Zeit immer, immer opfert.
Und plötzlich reißt hier die Erinnerung an die grausame Tat
durch einen Kranz die Toten in das Leben zurück. Die Freunde der
Toten, die bei der Tat der Mörder Vate standen, opfern. Es ist ein
Opfer voller Grausamkeit.

Die lebenden Mörder haben einen Kranz niedergelegt. Wie
weit ist die Stätte der Toten entheiligt durch diesen Kranz.

Kranz um liegen in stiller Ruhe die Toten. Nur die Mörder
schreien noch lezt der Menschheit so wie im Augenblick ihres Todes
Schimpfworte ins Gesicht. Die Hände, welche den Kranz auf den
Friedhof trugen, haben den Mörder das Jevanis gegeben, daß ihr
Fluch, den sie gefäß haben, aufgeht und reiß sein wird zu der Zeit,
wenn neue Opfer fallen.

Der Kranz schlug der Menschheit ins Gesicht.

Die Große Volksope eröffnet ihre erste laufende Spielzeit am
1. September im Theater des Westens. Zur Aufführung ge-
langen zunächst die Opern: „Freischütz“, „Lobengrin“, „Entführung“,
„Samson und Dalila“, „Troubadour“, „Tristan“, „Don Pasquale“,
„Walfüre“, „Schmud der Madonna“, „Fidelio“ usw. Für diese
Werke sind die Dekorationen und Kostüme neu angeschafft worden,
und zwar nach Entwürfen des Malers Hans Strodach, dem Georg
Salter als Mitarbeiter beigegeben ist. Die Oberregie führt Professor
d'Arnals (von der Dresdener Staatsoper), die musikalische Leitung
liegt in den Händen der beiden Kapellmeister Dr. Ernst Praetorius
und Franz v. Hoehlin. Chordirigent ist Fr. Alfred Wolf aus Wien,
der auch als Kapellmeister tätig sein wird. Für die Leitung der im
Theater des Westens neu angelegten Malkinen- und Beleuchtung-
einrichtung — wozu ein neuer Kundhorizont tritt —, ist Otto Böfger
vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg als Oberinspektor ver-
pflichtet worden.

Bruno Laut als Magdeburger Stadtbaurat. Bruno Laut, der
1921 zum Stadtbaurat von Magdeburg berufen wurde, hat jetzt
seinen ersten Jahresbericht erstattet. Der Bericht zeigt, daß die Wirk-
samkeit dieses tatkräftigen modernen Baulänglers an Erfolgen und
Hoffnungen eine reiche Fülle vorweisen kann. Am deutlichsten zeigt
sich äußerlich seine Art in der neuen Wiege der Farbe im Stadt-
bild. Jetzt soll mit Hilfe einer technischen Probestelle für Farben
und Bindemittel, die auf dem städtischen Bauhofe eingerichtet wurde,
in die Durchführung der Hausanstriche ein System gebracht werden.
Für den Anstrich des Rathauses (Entwurf von Kurt Völker-Hölle)
mit Durchführung der Kolonnen haben führende „Kreise der Bür-
gerschaft“ Stiftungen gemacht. Verhütend konnte Laut wirken, indem
er an der neuen Elbe-Brücke die von einem alten Entwurf kommen-
den Turmbauten in romanischem Willensstil, die zur Vervollständigung
errichtet werden sollten, verhinderte. Die hauptsächlichste praktische
Arbeit lag in den Bauten des Kleinwohnungsvereins.

Das „Neue Theater am Zoo“ wird am 12. August mit der 110. Auf-
führung des „Fahrlässige“ „Zemmo 10“ wieder eröffnet.

Die Courthe-Maler-Parodie hat Alfred Klein, der jüngst
schonmal in Königsberg lebende Dichter, werden im Verlag
Gruner in Freiburg i. Br. erscheinen lassen. Der Titel heißt: „Kurt
Waller“, ein Lieblingssroman des deutschen Volkes.
In der Parodie hat Bild-Verlag 10 Illustrationen entworfen.

Fremdenlegionär.

... Meine Herren, deshalb kann man nicht genug warnen vor der Fremdenlegion, 2 M. der Band von den Greueln der Fremdenlegion. Wer es noch mal haben will, 2 M. der Band!

Eine alte Erscheinung, die im Kriege gestorben zu sein schien, ist wieder auferstanden. Ein Händler, der Greueln der Fremdenlegion buchweise verkauft. Sein rotes Franzosenkäppi auf das Ohr gesteckt, fesselt die ihn umstehende Masse. Eine alte ausgebildete Jacke, die irgend woher aus einem Gefängnis sein mag, überzeugt die Leute von den Leiden in der Legion. Auf einem Ständer hat er schlechte Selbstbilder aufgestellt, die in grausamer Weise Martern zeigen. Ein an ein Pferd gebundener Soldat wird durch die Stadt geschleppt. Gefesselte Soldaten liegen in der Sonne auf dem Sand, der Straßeneier durch seine ihm innewohnende Hitze ausbrütet. Gebleichte Knochen sollen davon zeugen, daß nicht nur von den weissen Menschen, sondern auch von den Schwarzen die Hölle zu erwarten ist. Ein anderer wird beobachtet, wie die Nilpferdpeitsche den Rücken zerfleischt, und in die Wunden werden dann Salz gestreut, versichert die Imitation des Fremdenlegionärs. Mit einem gelben Stock zeigt er auf die Bilder und spricht mit innerster Ueberzeugung. Wenn er dann fertig ist, greift er hinter den Ständer und holt ein Paket Bücher hervor und erklärt, daß in diesem Buche der „Schandfleck einer europäischen Nation“ noch viel eindrucksvoller niedergeschrieben worden ist als seine schwache Kraft es wiedergeben vermag. Und unter der Hypnose der Bilder und des „Legionärsrates“ sowie Käppis, greifen die Leute in die Taschen und kaufen das Buchlein.

Es ist ein schlimmer Mist, der keinen Anhalt hat und niemals „geistig“ erlebt wurde. Wenn der Mann genügend verkauft hat, nimmt er sein Käppi ab und sieht einen normalen Filzhut auf, steckt seine „Delgemälde“ in eine Aktentasche, klappt seinen Ständer zusammen und ist bis zur nächsten Ecke ein harmloser Bürger, dem keiner ansieht, daß er in „Grausamkeiten“ macht.

Die morgigen Verfassungsfeiern.

Die morgigen Kundgebungen zur Erinnerung an die Schöpfung der Weimarer Verfassung versprechen im ganzen Lande einen großen Erfolg. Fast überall haben sich zur Mitarbeit an der Vorbereitung eines allgemeinen Feiertages des neuen Deutschlands alle Kreise zusammengeschlossen, die auf dem Boden von Weimar den Aufbau und Ausbau des neuen Staates betreiben. In Berlin wird die staatliche Veranstaltung (Reichstag und Staatstheater) durch Kundgebungen der SPD, (Zirkus Busch) und DDB (Kammerfäle) unterstützt werden. Nebenher gehen die Jugendkundgebung in der Brauerei Friedrichshain und das große republikanische Abendmeeting im Lustgarten (Dom und Altes Museum). Dieses beginnt um 8.15 Uhr und bringt bis zum Abmarsch des Fackelzuges zum Staatstheater die Reden namhafter Politiker aller republikanischen Parteien, Rezitationen bekannter Berliner Schauspieler und ein Platzkonzert.

Den Abschluß der gesamten Veranstaltungen bildet der Rückmarsch zum Staatstheater, ein Umzug durch die „Rinden“ und der Zusammenwurf der Fackeln im Lustgarten.

Der Mordplan des Oberleutnants a. D.

Polizeispindel als verräterische „Mordgesellen“.

Jener bekannte sensationelle Raubmordanschlag, den der Oberleutnant a. D. Hans Heinrich Roedel im Februar d. J. in Dresden auf seine Schwiegermutter, die Witwe des Brauereidirektors Würstinghaus geplant hatte, wird am 19. August die Strafkammer des Landgerichts zu Dresden beschuldigen. Der Sachverhalt, der weit über die Grenzen Sachsens großes Aufsehen erregt hatte, und zum großen Teil nach Berlin herübergespielt, ist folgender:

Der Angeklagte kam Anfang d. J. auf den ungeheuerlichen Plan, seine Schwieger- und Adoptivmutter, die Witwe eines Brauereidirektors, Martha Würstinghaus in Dresden-Briesnitz, zu ermorden und sich auf diese Weise in den Besitz ihres mehrere Millionen Mark betragenden Vermögens zu setzen. Da ihm selbst der Mut zur Ausführung der Tat fehlte, kam er am 1. Februar nach Berlin. Er gedachte, sich zur Ausführung seines Planes irgend eines verwerflichen Menschen als Werkzeug zu bedienen. In der Friedrichstrassen-Passage sprach er einen in gewissen Kreisen unter dem Namen „Willi“ bekannten, früheren Handlungsgehilfen R. an, der ihm nach seinem etwas derangierten Neuhören als der geeignete Mann erschien. Er suchte mit ihm verschiedene Lokale auf und fragte ihn schließlich, ob er ihm bei Ausführung eines Planes behilflich sein wolle, wobei eine Tante um die Gasse gebracht werden solle. Er wäre sehr in Schulden geraten. Zu seiner Familie gehöre eine ältere Dame, deren einziger Erbe er werden solle. Diese Dame müsse aus dem Wege geräumt werden. Er suche Leute, die dies tun würden, und es solle ihr mit einem Rasiermesser die

Kehle durchschnitten werden. Der Angeklagte übergab dem R. schon jetzt einen größeren Betrag und fuhr dann nach Dresden zurück, um die weiteren Vorbereitungen zu treffen. Da R. der geeignete Mann für die Ausführung dieser Tat nicht war, da er sich nebenbei als Polizeispindel betätigte, teilte er den Mordplan einem anderen Polizeispindel mit und beide beschloßen, den Angeklagten er R. gehörig zurupfen und ihn dann der Polizei zu melden. Einige Tage später kam R. wieder von Dresden nach Berlin und traf mit ihnen im Zentralthotel zusammen. Hier stellte er eine Skizze von dem Park seiner Schwiegermutter her, die er den beiden „Mordgesellen“ aushändigte. Er sagte ihnen bei dieser Gelegenheit, seine „Tante“ hätte für etwa 250 000 M. Brillanten an sich, die sie behalten könnten. Außerdem scherte er ihnen je 50 000 M. zu. Als der Tag

Verfassungsfeier der SPD.

am Freitag, den 11. August, abends 7 Uhr im Zirkus Busch (am Bahnhof Börse)

Massenhörs des Arbeiterlängerbundes + Ansprachen

Redner: Reichsinnenminister Dr. Köster, Reichsjustizminister Dr. Radbruch, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt u. a. Rezitationen + Gemeinsamer Schlußgesang

Außerdem in: Wilmersdorf: Bismarck-Gymnasium, Pfalzburger Str. 31. Redner: Rudolf Wissell, M. d. R. Spandau: Neues Stadttheater, Potsdamer Straße 6. Redner: Hermann Lüdemann, M. d. R. Biesdorf, Mahlsdorf, Kaulsdorf: Turnhalle der Schule in Biesdorf. Redner: Hugo Heimann, M. d. R. Karow: bei Rüd, Panzgrafenstraße.

der Tat wurde der 26. Februar in Aussicht genommen, weil, wie R. in seinem Taschentaler feststellte, Reumond sei. Die beiden „Helfershelfer“ fuhrten nun an diesem Tage, nachdem sie sich mit dem Kriminalassistenten Spötter vom Berliner Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt hatten, am 25. Februar nach Dresden, wo sie mit R. zusammentrafen. Hier händigte R. ihnen den Schlüssel zum Parktor und gleichzeitig 1500 M. aus, die die Täter zu der Flucht benutzen sollten. In diesem Augenblick gab R. dem hinter dem Gebüsch verborgenen Kriminalassistenten ein Zeichen und R. wurde verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium in Dresden legte er ein umfassendes Geständnis ab, in dem er zugab, jenen Plan geacht zu haben. In der Voruntersuchung trat er jedoch mit der Behauptung hervor, daß der Plan in Wirklichkeit von dem Zeugen R. ausgegangen sei, der wiederholt verflucht habe, von ihm Geld zu erpressen.

Von R.-A. Dr. Reumarkt-Dresden und R.-A. Dr. Fröh Kallischer-Berlin ist deshalb ein umfangreicher Zeugenapparat aufgeboden worden, der die Angaben des Angeklagten unterföhren und insbesondere die Glaubwürdigkeit der beiden Polizeioffiziere erschüttern soll. Die Verhandlung steht vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Dresden an. Als Sachverständiger über den Geisteszustand des R. ist der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Oppe geladen worden.

Zugpersonal als Eisenbahnräuber.

Weil sie Stoff zu Anzügen brauchten, hatte sich die gesamte Zugmannschaft eines Zuges Dresden-Berlin auf Anstiftung ihres Zugführers eines Tages zusammengetan, um den Gepäckwagen zu veranlassen. Der Gegenstand ihrer Wünsche war ein Ballen von 130 Meter Stoff, den eine Großenhainer Fabrik als Ellgut nach Hamburg geschickt hatte. Nachdem der Ballen aus dem plombierten Kurswagen nach dem Gepäckwagen geschafft worden war, wurde er in Mariensfelde aus dem Zuge geworfen und dort mit einem Handwagen beiseite geschafft. Mit dem Zugführer Winter war der Schaffner Lichti wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls angeklagt, mit ihren wegen Hehlerei die Schaffner Messert und der Hilfschaffner Zell. Beide hatten je 5 Meter von der Diebesbeute abgenommen. Da ihnen aber dieser Anteil zu gering erschien, hatten sie unter Drohungen von den eigentlichen Dieben noch weitere Luchmengen erpreßt. Das Amtsgericht Tempelhof hatte gegen die Angeklagten auf recht schwere Strafen erkannt. Während Messert sich mit der Berufung zu 2 Monaten Gefängnis beruhigte, hatten die anderen Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung erzielten die Verteidiger, daß das Gericht die Strafe zum Teil erheblich herabsetzte. Winter erhielt 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 1 Jahr entzogen. Lichti und Zell erhielten je 3 Monate Gefängnis.

Keine Ausländersteuer in Berlin.

Der Magistrat ist in seiner gestrigen Sitzung dem Beschlusse der Finanz- und Steuerdeputation beigetreten, von der Erhebung von Steuerzuschlägen von den Ausländern Abstand zu nehmen.

Der Kriminalassistent als Warenhändler.

Eine unerwartete Ueberraschung erlebte ein in einem hiesigen Warenhause tätiger weiblicher Detektiv. Eine dort seit Jahren angestellte Dame beobachtete im Frühjahr d. J. an mehreren Tagen einen „Käufer“, der sich in auffälliger Weise an den einzelnen Warenlagern zu schaffen machte und dann das Geschäftshaus in großer Eile verließ. Sie verschärkte ihre Aufmerksamkeit und bemerkte, wie er sich ein größeres Stück Stickerei aneignete. Sie forderte ihn in der üblichen Weise auf, ihr nach dem Privatkontor zu folgen. Hier stellte sich zur allgemeinen Ueberraschung heraus, daß der festgenommene Kriminalassistent Bliefert war. Das Schöffengericht Berlin-Mitte, das sich in erster Instanz mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, verurteilte B. mit Rücksicht darauf, daß er durch seine Tat sich selbst schon schwer genug bestraft habe, da er sich um seine Existenz brachte, zu 2000 M. Geldstrafe. Hiergegen legte sein Verteidiger Berufung ein. Vor der Justizkammer erklärte der als Sachverständiger geladene praktische Arzt Dr. Sonntag, daß der Angeklagte infolge einer vor Jahren erlittenen gewissen Krankheit ein Mensch sei, der in starker Weise Verwundungen ausgeföhrt sei. Der § 51 trifft jedoch bei ihm nicht zu. Das Gericht kam deshalb zu einer Verwerfung der Berufung.

In einer wichtigen Untersuchung ist es dringend notwendig, daß der Kraftwagenführer, der am Sonnabend, den 5. d. Mts., nachmittags um 4 1/2 Uhr, am Bahnhof Friedrichstraße (Möhringer) einen Fahrgast aufnahm, um ihn angeblich nach dem Schlesischen Bahnhof zu fahren, sich umgehend im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 419, meldet. Der Fahrgast, den ein Hausdiener des Zentralthotels begleitete, führte zwei Koffer bei sich, einen großen gelben Rohrplattenkoffer, der L. M. gezeichnet ist, und einen kleineren Handkoffer. Die Angelegenheit wird streng vertraulich behandelt.

In dem Tierhort des Deutschen Tierchutzvereins zu Berlin O. 27, Schildstr. 4, können nach wie vor Herrenlois oder Kranke Tiere abgeholt werden. Auf der Straße verletzte Hunde und Haustiere finden auch nachts Aufnahme daselbst, auch erkrankte amn sich dort nach abhanden gekommenen Tieren.

Wiederaufnahme der Quaderspeisung in Neuföhln. Die allgemeine Schulprüfung sowie die Speisung werden und stündender Mütter, Augenblicher (14-18 Jahre) und Kleinkinder (2-8 Jahre) nimmt Montag, den 21. August d. J. wieder ihren Lauf. Für die letztgenannten Personenkreise ist vorherige Anmeldung im Bureau der Quaderspeisung, Verahstr. 55, erforderlich. Die Meldungen können jetzt und zwar Werktags von 9-3 Uhr erfolgen. Der Preis für eine Essensportion beträgt 1 M. und ist wöchentlich im voraus zu entrichten.

Bezirksbildungsausschuss. Arelon, den 11. August, wird das Bureau des Bezirksbildungsausschusses um 3 Uhr nachmittags geschlossen. Die Ordner der Abteilungen treffen sich 4 Uhr im Zirkus Busch, Bahnhof Börse. - Zellkonzerte. Die Reklamationslisten sind ausgegeben und liegen aus bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen und im Bureau Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp., Zimmer 8. - Die Theater vorstellungen beginnen am Sonntag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo mit der Aufföhung von „Einlaute Menschen“ von Gerhart Hauptmann. Die Ubleute der Kreise 3, 7, 8, 11, 14, 15 wollen sofort die Theaterkarten für September abholen.

Der Volkshor Oberschöneweide und der Sängerkhor Nieder-schöneweide-Neubarnsthal, beide Mitglieber des Arbeiter-Sängerbundes, haben sich zu einem Chor verschmolzen. Der neue Chor, der aus einem Männer- und einem Gemischten Chor besteht, führt jetzt den Namen „Volkshor Söhne“, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Die Uebungsstunden finden für den Gemischten Chor jeden Dienstag und für den Männerchor jeden Freitag von 8-10 Uhr abends in der Schulaula in Nieder-schöneweide, Berliner Str. 31, statt.

Am Indra-Park, dem Vergnügungsbetriebsunternehmen des Nordostens, ist ein Unternehmen entstanden, daß, nach der Besucherzahl in der ersten Woche seit der Eröhung zu urteilen, großen Anklang gefunden hat. Eine Zahl von 100 000 Besuchern ist jetzt schon bald erreicht. Mit seinen besonderen Darbietungen, wovon u. a. die 3 Seelens und die 3 Medusen in ihrem phänomenalen Luftst wie die Tankverföhungen im Tanzpalast zu nennen sind, ist der Park täglich das Ziel vieler Besucher.

Schweres Zug-Unglück bei Sohrau.

Der von Zofitz nach Sohrau (Pommern-Oberschlesien) gestern 1.22 Uhr nachmittags abfahrende Personenzug Nr. 1150 entgleiste kurz vor Sohrau. Die Lokomotive und fünf Wagen sprangen aus den Schienen. Ein Mädchen wurde getötet, vier Personen schwer und zwanzig leicht verletzt.

Wetter bis Freitag mittag. Etwas kühler, zeitweise heiler, aber noch sehr veränderlich mit weiteren Regenschauern. Besöhe nordwestliche Winde.

WENESTI RUND FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE MIT UND OHNE GOLD!

Dixin das dankbare Seifenpulver ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGE HERSTELLER, HENKEL & CO., DUSSELDORF

Die Hege geht weiter.

München, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Während die bayerische Delegation in Berlin mit der Reichsregierung verhandelt, führt die Münchener Presse die Hege gegen das Reich und vor allem die Sozialdemokratische Partei mit aller Kraft fort. So steht die „Staatszeitung“ heute abend klargerichtet in die Welt, als ob die pfälzischen Genossen im Einverständnis mit der französischen Besatzungsbehörde einen Putsch in der Pfalz plant, um die Pfalz von Bayern loszureißen. Es sei die „gewalttätige Vertreibung“ der bayerischen Regierung geplant. In maßgebenden politischen Kreisen erhalte sich mit aller Hartnäckigkeit das Gerücht, daß ein Zusammenschluß Badens, Hessens und der Pfalz zu einem neuen deutschen Staat in die Wege geleitet werde. — Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sehen sich heute abend veranlaßt, mitzuteilen, daß gegen die Schriftleitung ein Gerichtsverfahren wegen Beleidigung unseres Genossen Luer als Mitglied einer früheren republikanischen Regierung auf Grund der Reichspräsidentenverordnung zum Schutze der Republik eingeleitet sei. Dieses Blatt, das mit die Hauptschuld an der Vergiftung der politischen Atmosphäre in Bayern trägt, hatte den Genossen Luer in Zusammenhang mit dem Münchener „Lumpenproletariat“ und den „Aufsachspartakisten“ gebracht, die jede Gelegenheit benutzten, politische Unruhen zu Raub und Diebstahl auszunutzen.

Verbotene Heftblätter.

Das Münchener Organ der sogenannten „nationalsozialistischen Arbeiterpartei“, der „Völkische Beobachter“, wurde neuerdings auf acht Tage verboten wegen eines Beitrags, in dem eine Beschimpfung der Reichsregierung und eine Verunglimpfung des bayerischen Ministerpräsidenten erblickt wird.

Eine Beschwerde des Verlages und der Schriftleitung des „Göttinger Tageblatts“ gegen ein Verbot ist am 4. August dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik verworfen worden.

In Pommern ist eine ganze Anzahl rechtsradikaler Zeitungen auf vier Wochen verboten worden. Der Oberpräsident der Provinz Pommern hat jetzt dieses Verbot für die „Greifswalder Zeitung“ und das „Schlawer Tageblatt“ auf zwei Wochen verkürzt, nachdem Vertreter beider Blätter dem Oberpräsidenten Lippmann entsprechende Erklärungen abgegeben hatten, die sie auch an der Spitze ihrer Zeitungen sofort nach Wiedererscheinen ihrer Zeitungen veröffentlichen werden.

Die Deutschen-Ausweisungen aufgeschoben.

Paris, 9. August. (W.D.) Dem „Journal“ wird aus Straßburg berichtet, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die angesprochenen Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres aufzuschieben. Nach dem Berichtslatter des Blattes hatte man für gestern abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung dieser Maßnahme bereits 50 Polizeieinheiten bereitgestellt.

Hungerkatastrophe in Tirol.

Innsbruck, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Innsbruck steht infolge der unverständlichen Fremdenpolitik der Tiroler Regierung und der Herfindung der Zwangswirtschaft durch die Herrschaft Landtagsmehrheit vor einer Hungerkatastrophe. Gestern besaß sich eine Kommission des gegenwärtig in Innsbruck tagenden Tiroler Gewerkschaftskongresses zum Landeshauptmann und stellte die folgenden Forderungen mit dem Ersuchen um sofortigen Vollzug auf: 1. Verzichtnahme der in Hotels eingehenden fremden Zahlungsmittel; 2. strenge Kontrolle des Valutenverkehrs; 3. Zentralisation des Einkaufs von Auslandslebensmitteln in den Händen des Staates und der Konsumvereine; 4. Zwangsverpflichtung der Kartoffelverföhrung. — Die Innsbrucker Genossen haben der Innsbrucker Regierung zum Ausdruck gebracht, daß Lebensmittelauflände in kürzester Zeit bevorstehen, wenn die Regierung nicht unverzüglich eingreife.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Minister Dyzewski hat sich nach Polen begeben, um die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zum Abschluß zu bringen. Zur Vorbereitung derselben hat er sich mit den in Frage kommenden Regierungsstellen und den Vertretern von Handel und Industrie in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen werden sich erstrecken auf die Ausführung der am 8. Januar 1920 in Paris unterzeichneten Konventionen, auf den Abschluß eines Vertrages über die in der am 9. Januar 1922 in Paris abgeschlossenen Vereinbarung bezeichneten Gegenstände sowie über die Uebereinkunft über die mit dem Friedensvertrag in Verbindung stehenden Angelegenheiten. Ein Teil der Verhandlungen wird in Warschau stattfinden, während die Schlussarbeiten in Dresden erledigt werden sollen. In Dresden wird man sich über den Erwerb der Staatsangehörigkeit und die Zurückforderung der Archioe unterhalten. Da an diesen Verhandlungen vornehmlich die ehemaligen preussischen Landesstellen interessiert sind, werden eine ganze Reihe Kommissare aus den Reihen der deutschen Funktionäre entnommen werden.

Eine amerikanische Anleihe für Polen.

Warschau, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der von der polnischen Regierung mit dem Abschluß von Auslandsanleihen beauftragte Abg. Kobyljewski hat von dem amerikanischen Finanzdelegierten bei der Friedenskonferenz die Mitteilung erhalten, daß Polen eine langfristige dreißigjährige Anleihe von 50 Millionen Dollar erhalten könne. Aus New York sind bereits Vertreter des in Frage kommenden amerikanischen Finanzkonzerns auf dem Wege nach Warschau, um die Anleiheverhandlungen auf Grund der im Frühjahr in Paris festgesetzten Bedingungen zum Abschluß zu bringen.

Unter dem Faschistenjoch.

Rom, 9. August. (E.P.) Ein vierstündiger Ministerrat hat die Erklärungen genehmigt, die Facta heute in der Kammer abgeben wird. Wie es heißt, wird der Ministerrat an die Kammer und das Volk die Mahnung richten, durch die Achtung der Gesetze die Ruhe und Ordnung baldigst wieder herzustellen. Es wird auch über die Finanzlage, die Maßnahmen für ihre Besserung, sowie über die Londoner Zusammenkunft gesprochen werden. Die Regierung erwartet trotz der Opposition der Sozialisten ein hartes Vertrauensvotum für ihr Programm, obwohl einige Fraktionen an den Kammerwahlen nicht teilnehmen wollen, weil sie mit der Führung der Ministerkabinette nicht einverstanden sind.

In einer Sitzung der sozialistischen Kammergruppe sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei-

leitung und den gemäßigten Abgeordneten schärfer denn je hervorgetreten, so daß die Spaltung zwischen den Anhängern der Mehrheit und denen der maximalistischen Richtung unvermeidlich erscheint.

Ungeachtet der Gerüchte, die italienische faschistische Partei beabsichtige unter Ausnützung der verworrenen parlamentarischen Lage die Errichtung einer Diktatur, richtete der Dichter d'Annunzio ein Telegramm an den faschistischen Abgeordneten Finzi, in dem es u. a. heißt, jedes Wort müsse erwogen, jede Tat überlegt und jeder Irrtum vermieden werden. Nachdem d'Annunzio vom Stadthaus in Mailand aus einen Mahnruf an die Bevölkerung gerichtet hatte, erneuerte er gegenüber den Faschisten seine Mahnung vor Ausschreitungen und Gewalttaten.

Ein Schreiben des Papstes.

Rom, 8. August. (W.D.) Der Papst richtete an die italienischen Bischöfe ein Schreiben, in dem er sein tiefstes Bedauern ausbrückt, daß die italienischen Bürger, statt zur Heilung der durch den Krieg verursachten Wunden beizutragen, sich in blutigen Kämpfen zerfleischen, was ihr Ansehen im Ausland schädige und im Innern große Nachteile zeitige. Er fordert die Völler auf, wieder zum göttlichen Geiste der Menschlichkeit zurückzukehren, denn die Liebe werde die Eintracht wieder aufleben lassen.

Polnischer Mord in Südslawien. Vergangene Nacht wurde der radikale serbische Abg. Gavrilovic von Unbekannten aus politischen Gründen ermordet.

26. Internationaler Bergarbeiterkongress

Frankfurt a. M., 8. August 1922.

2. Verhandlungstag.

Den Vorsitz führte heute Husemann (Deutschland), dem ein französischer und ein englischer Vizepräsident zur Seite stehen.

Pensionskassenwesen

referierte an Stelle des erkrankten Referenten Wischmann (Deutschland) der deutsche Delegierte Görtner. Er betonte, daß eine der vornehmsten Aufgaben des Internationalen Bergarbeiterbundes sein müsse, darauf hinzuwirken, daß die Bergarbeiter, wenn sie berufs- unfähig oder von der Arbeit zermürbt sind, eine ausreichende Rente erhalten. Der Redner begründete die von der deutschen Delegation vorgeschlagene Entschlieung, die wir bereits im gestrigen Morgenblatt veröffentlichten.

In der Aussprache erklärte sich Wolff für die englische Delegation gegen die Resolution. Die Bergarbeiter wollten keine Sonderrechte, die Sozialversicherung, die Sache des Staates sei, müsse alle Arbeiter umfassen. Die Altersversorgung müsse beitragsfrei sein. Der Franzose Barthuel schilderte die Sozialversicherung in Frankreich, die vielleicht an der Spitze der Sozialversicherung aller Länder stehe. (?) Die französische Delegation könne nicht zugeben, daß die Verantwortung für die Durchführung der Forderungen immer auf die einzelnen Länder abgelenkt werde, das müsse die Internationale durchsetzen. Belgische und österreichische Redner gaben ein Bild der Sozialversicherung ihrer Länder. Die Entschlieung und die gemachten Vorschläge wurden dann der Redaktionskommission überwiesen, um eine Fassung zu finden, der alle Delegierte zustimmen können.

Der Kongress nahm hierauf in geschlossener Sitzung Stellung zu dem amerikanischen Kampfe.

Der Vorstand des Internationalen Bureaus unterbreitete hierzu folgende Entschlieung:

„Der in Frankfurt a. M. am 7. August 1922 tagende Internationale Bergarbeiterkongress nimmt Kenntnis von der Lage, in welcher sich die amerikanischen Bergarbeiter befinden durch die Weigerung der Bergwerksbesitzer, mit dem amerikanischen Bergarbeiterverbande einen neuen Landeslohnvertrag abzuschließen.

Er beschließt, den amerikanischen Bergarbeitern die herzlichsten brüderlichen Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg ihres bisher mit größter Solidarität und Ausdauer geföhrten Kampfes zu übermitteln, und empfiehlt, daß die dem Internationalen Bergarbeiterbunde angeschlossenen Landesverbände eine finanzielle Beihilfe von rund 10 000 Pfund Sterling gewähren, wobei den einzelnen Verbänden anbeizugegeben wird, entsprechend der Mitgliederzahl ihren Anteil hierzu sobald als möglich an das Sekretariat der Bergarbeiter-Internationale abzuführen, um ohne Verzug auf diese Weise die Geföhle der Sympathie und Solidarität der europäischen Bergarbeiter zum Ausdruck zu bringen.“

Die beiden amerikanischen Delegierten gaben eingehende Berichte über den Kampf ihrer Kameraden. Daran schloß sich eine längere Debatte, in der die Frage erwozen wurde, wie den amerikanischen Kameraden am besten geholfen werden kann. Der Kongress stimmte dann einmütig der vorgeschlagenen Entschlieung zu und befandete damit den amerikanischen Bergarbeitern gegenüber die moralische und finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter aller Länder.

Dann berichtete die Redaktionskommission über ihre Beratungen zu dem Punkt Pensionskassenwesen. Sie schlug vor, die Resolution in folgender Form, bei der den Wünschen der Engländer und Franzosen entsprochen worden ist, anzunehmen:

„Der Internationale Bergarbeiterbund tritt mit aller Energie dafür ein, daß das Los der franken und invaliden Bergarbeiter sowie deren Witwen und Waisen ein besseres wird. Er tritt auch dafür ein, daß die Berufsrisiken der Arbeiter in das Unfallversicherungsgesetz einbezogen werden.“

Der Internationale Bergarbeiterbund fordert von der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern, daß ein Sozialversicherungsgesetz beschlossen wird, wobei bei der Gewährung der Pensionen in bezug auf die Altersgrenze ganz besonders in gesundheitschädlichen und gefährlichen Berufen Rücksicht zu nehmen ist. Bei solchen Berufen soll die Altersgrenze niedriger gesetzt werden.

Der Kongress ist der Meinung, daß bei den Bergarbeitern der Beweis der Invalidität ohne weiteres als erbracht anzusehen ist, wenn sie das 50. Lebensjahr erreicht und 25 Jahre im Bergbau beschäftigt gewesen sind.“

Der Kongress stimmte dieser Entschlieung einmütig zu. Die Verhandlungen wurden sodann vertagt.

In der gestrigen Sitzung wurde nach längerer Aussprache folgende Entschlieung angenommen: „Der Kongress erklärt es als Pflicht der nationalen Sektionen, sich für die Einführung von Betriebsräten in der Bergwerksindustrie einzusetzen, die Forderung der Betriebsräte, deren Mitglieder unter der Direktion und ständigen Kontrolle der Arbeiterorganisationen stehen, in den Vordergrund zu stellen und für ihre bedeutsamste Durchführung Sorge zu tragen.“ Weiter wurde auf belgischen Antrag der Beschluß des Genfer Kongresses, im Falle eines Krieges mit Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam den internationalen Generalkonferenz auszurufen, bekräftigt und das Bureau des Internationalen Bergarbeiterverbandes beauftragt, dafür zu sorgen, daß auf dem nächsten Kongress die Mittel für eine internationale Aktion geprüft werden können. Ferner soll sich das Bureau unverzüglich mit den verschiedenen Sprachkreisländern in Verbindung setzen, um dort Gewerkschaftsorganisationen im Anschluß an die Bergarbeiter-Internationale ins Leben zu rufen. Schließlich wird das Internationale Komitee beauftragt, möglichst schnell die Beziehungen zu der amerikanischen Bergarbeiterorganisation wirksamer zu gestalten. Die Franzosen hatten den Antrag gestellt, nicht nur im Falle eines Krieges, sondern auch zur Durchsetzung von internationalen Forderungen zum Mittel einer internationalen Aktion zu sprechen. Als erste Wohnung und als Antwort auf Angriffe der Unternehmer soll ein internationaler Bergarbeiterstreik von 24 Stunden und, wenn dieser keinen Erfolg hat,

ein längerer internationaler Bergarbeiterstreik ausgerufen werden. Der französische Antrag wurde mit 56 gegen 16 Stimmen abgelehnt, der belgische mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Am Antrag der Franzosen wurde von den Vertretern fast aller übrigen Länder ablehnende Kritik geübt.

Wirtschaft

Produktiver Notendruck?

Auf das Verhältnis von Notenumlauf und Goldbestand der Reichsbank hat die Verschlechterung der Baluta eine eigenartige Wirkung ausgeübt. Die Baluta ist schneller gesunken als die Notenpresse gearbeitet hat, um den Betrag der umlaufenden Noten den erhöhten Preisen und der Geldentwertung anzupassen. Es gibt nun Finanzkritiker, die die bestehende Geldknappheit vorwiegend auf dieses Verhältnis zurückführen. Man weist nach, daß vor dem Kriege, als noch die Goldmark galt, etwa für 4 Milliarden Banknoten im Umlauf waren, die mit 2 Milliarden Gold gedeckt waren. Man schätzt den Bedarf der deutschen Wirtschaft an Zahlungsmitteln heute auf etwa 4 Milliarden Goldmark und stellt jetzt fest, daß 3. B. im Mai der Wert der umlaufenden 152 Milliarden Mark Banknoten nach dem damaligen Dollarstand nur etwa 22 Milliarden Gold betrug. Dieser Wert hat sich in der Folgezeit noch weiter bedeutend vermindert, nachdem der Dollar inzwischen auf mehr als das Doppelte gestiegen ist, während insgesamt nur etwa 200 Papiermilliarden Banknoten im Verkehr sind. Ein ähnliches Wertverhältnis ergibt sich, wenn man die Großhandelspreise als Maßstab für den Goldwert der Papiermark annimmt. Auch dann bleibt der Umlauf an Papiergeld hinter dem Kriegsbedarf an Zahlungsmitteln von 6 Milliarden Gold weit zurück.

Es ist hier nicht der Ort noch der Raum, im einzelnen auf die umfangreichen Berechnungen und auf die Fehler dieser Statistik einzugehen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Kapitalknappheit nicht allein durch die langsame Tätigheit der Notenpresse bedingt ist. Zu einem erheblichen Teil ist sie eine Folge der Unwirtschaftlichkeit, mit der Industrie und Handel bei einem bedeutend verringerten Umlauf an Waren mit dem vorhandenen Kapital umgingen und noch umgehen. Es sei hier z. B. auf die Tatsache verwiesen, daß der Periode der Geldknappheit eine Zeit unerhörter Kapitalverwässerungen vorausgegangen ist, die sich über alle Prinzipien gesunder Kapitalpolitik blind hinwegsetzte. Die Ueberschüsse aber, die aus dem verringerten Produktionsbetrieb erwuchsen, kamen aber nur zu einem Teil der Produktion zugute. Sie gerieten im übrigen, soweit sie nicht in den Verbrauch übergeführt wurden, sei es über die Börse, sei es auch über den Warenmarkt, in die Hände oft ganz unwirtschaftlich arbeitender Klein- und Mittelbetriebe, die ihre Existenz nur der Warenknappheit und den steigenden Preisen verdanken. Alle diese Betriebe, die kleinen, im harten Konkurrenzkampf zum Niedergang verurteilten Produktionsbetriebe, aber auch die Anzahl von neuen Handelsbetrieben der Kriegs- und Nachkriegszeit brauchen heute Kapital. Daß unter diesen Umständen der Kapitalbedarf auch ohne Geldausblähung größer sein muß als in einer gesunder aufgebauten Wirtschaft, liegt auf der Hand.

Was aber die Statistik selbst betrifft, so trägt sie in sich einen bedenklichen Widerspruch, der von ihren eigenen Bearbeitern nicht erkannt worden ist. Es ist falsch, den Gold- oder den Warenwert der Mark in Zeiten so starker Schwankungen nach dem Dollar oder nach den Großhandelspreisen zu berechnen. Der Unfug tritt zutage, wenn man auf die Zeit am Anfang des Jahres 1920 zurückgreift. Im Februar 1920 war auf Grund des Dollarstandes der Notenumlauf mit 48,3 Proz. Gold gedeckt, im Juni dagegen nur noch mit 24 Proz., die Deckung fiel später sogar noch auf 18 Proz. Die Goldbedeckung hat sich also hier ziemlich plötzlich auf die Hälfte und weniger verringert, obwohl der Notenumlauf tatsächlich nur um $\frac{1}{4}$ erhöht worden war. Der Grund dafür war die Besserung der Mark, die damals eintrat. Nehmsich, aber nicht so trah, war in dieser Zeit das Verhältnis, wenn man nicht den Dollar, sondern die Großhandelspreise als Grundlage für die Ermittlung des Wertes des Notenumlaufes annimmt. Damals fielen die Großhandelspreise, der Wert der Papiermark stieg also auch im Inland, obwohl die Notenpresse unentwegt weiter arbeitete.

Diese Tatsachen sind deshalb wichtig, weil man aus dem gegenwärtigen Bedarf an Zahlungsmitteln den Schluß gezogen hat, es müßten neue Noten gedruckt werden, um einen Niedergang der Produktion zu verhindern. Man verlangt also einen „produktiven“ Notendruck. Alle die schweren Vorwürfe, die man gegen die Notenpresse erhoben hat, scheinen auf einmal vergessen zu sein. Vergessen ist die Enteignung der kleinen Rentner, vergessen die Verelendung des deutschen Volkes: das Kapital braucht Noten. Dagegen muß nachdrücklich Einspruch erhoben werden. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Notenpresse nicht mit einem Ruck angehalten werden kann. Man muß sich aber hüten, auf Grund verhänglicher Zahlenspielerereien die verächtliche Tätigheit der Notenpresse zu unterstützen, nur weil eine spekulative Treiberei den Kurs des Dollars und mit ihm in unerwartet schneller Weise die Warenpreise in die Höhe getrieben hat. Zunächst gilt es nach Mitteln zu suchen, um die überschüssigen Papiermark im Ausland und die Hamsterbesitzen im Inland dem Reiche dienstbar zu machen. Hier erscheint der Weg einer Goldanleihe gangbar. Bekommen wir durch sie deutsche Mark aus dem Ausland herein, so wird man um so weniger genötigt sein, die Notenpresse neu in Bewegung zu setzen. Dadurch könnte aber auch der Devisenmarkt von dem großen Angebot an Papiermark entlastet werden, das den Goldwert der deutschen Geld- einheit immer mehr verringert. Vergeblich warten wir bisher auf eine Antwort auf unsere Vorschläge. Will man ohne Rücksicht auf die Not wachsender Massen weiter die Notenpresse handhaben?

Devisenkurse.

Die amtliche Kursstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	9. August		8. August	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Devisen-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Devisen-) Kurs
100 holländische Gulden	3032,10	8037,60	2653,00	2937,00
1 argentinischer Papier-Peso	280,12 1/2	280,87 1/2	275,90	276,90
100 belgische Frank	509,25 0	6007,50	584,75	5862,85
100 norwegische Kronen	1833,70	18366,70	1905,65	18091,83
100 dänische Kronen	1665,15	16095,85	16320,55	16370,45
100 schwedische Kronen	20124,80	20175,20	10875,10	19924,00
100 finnische Mark	1707,85	1712,15	1609,05	1614,05
1 japanischer Yen	374,50	875,50	—	—
100 italienische Lire	3373,00	3382,00	3475,65	3484,85
1 Pfund Sterling	3465,85	3474,75	3400,70	3409,80
1 Dollar	779,02	780,98	762,04	763,16
100 französische Frank	6352,05	6367,95	6182,25	6197,75
1 brasilianischer Milreis	106,86	107,14	103,37	103,63
100 Schweizer Frank	14981,25	15018,75	14431,90	14468,10
100 spanische Pesetas	12509,70	12240,80	11735,50	11764,70
100 ästerr. Kronen (abgez.)	1,50 1/2	1,54 1/2	1,45 1/2	1,49 1/2
100 schweizerische Kronen	1992,50	1997,50	1875,65	1880,25
100 ungarische Kronen	52,93	58,07	48,43	48,57
100 bulgarische Leva	492,40	463,60	451,40	452,60
100 Polenmark	gelden etwa 11,30 RM.			

Gewerkschaftsbewegung

„Unfinnig hohe Löhne“ im Baugewerbe.

Der „Berliner Börsen-Courier“ (Nr. 368) berichtet von einem Konjunkturmangel auf dem Bauplatz. Die in letzter Zeit besonders günstige Konjunktur habe sich überschlagen und sei jetzt im Rückgang begriffen. Die Treuhänderstelle für Bergmanns-Siedlungsarbeiten habe die Durchführung ihres Bauprogramms aufgegeben, ebenso hätten viele Städte erklärt, ihre Bauvorhaben in diesem Jahre nicht zu Ende zu bringen.

Die Hauptursache an diesem Umschwung „tragen ohne Zweifel die seit längerer Zeit im Baugewerbe gezahlten unfinnig hohen Löhne. Es marschieren nicht nur die Tariflöhne des Baugewerbes an der Spitze sämtlicher Löhne — sie übertreffen sogar die Bergarbeiterlöhne —, sondern es werden über sie hinaus in Form von besonderen Vergünstigungen (z. B. dadurch, daß für 8 Stunden Arbeit 10 Stunden bezahlt werden) noch Zulagen gewährt, die teilweise eine außerordentliche Höhe erreichen.“

Die Bauauftraggeber begünstigten diese Lohnpolitik. In dem Bestreben, ihre Neubauten schnellstens fertig zu bekommen, übten sie auf die Bauunternehmer einen Druck aus, die Forderungen der Bauarbeiter zu erfüllen.

Für seine tendenziöse Behauptung ist der Gewährsmann des „Börsen-Couriers“ den Beweis schuldig. Eine objektive Feststellung der Ursachen des verteuerten Bauens ist nur möglich durch eine Gegenüberstellung der Preise der Baustoffe und der Höhe der Löhne in der Vorkriegszeit und ihrem gegenwärtigen Stande. Es würde sich dann sinnfällig ergeben, auf welcher Seite die unfinnigsten Steigerungen der Kosten vorliegen, wo die absolute Verteuerung am stärksten und in welchem Verhältnis Baustoffe und Löhne den einzelnen Bau belasten.

Der Bauarbeiter ist Saisonarbeiter, der anstatt mit jährlich 50 Arbeitswochen durchschnittlich nur mit 40 Wochen zu rechnen hat, in den übrigen 10 Wochen jedoch ebenfalls leben muß. Begründet ist allerdings, daß die Bauauftraggeber alles daran setzen, ihre Bauten schnellstens fertig zu bekommen. Denn je länger die Herstellung währt, um so teurer wird der Bau infolge der fortschreitenden Geldentwertung. Wenn daher die Auftraggeber wegen geringer Lohnunterschiede die Arbeit nicht unterbrechen und verzögern wollen, und schwerfälligen Unternehmern mit der Fertigstellung in eigene Regie drängen, erweisen sich als die besseren Rechner. Wird aber von den Bauarbeitern ein außerordentliches Arbeitstempo verlangt, dann kann es nur bei außerordentlich hoher Bezahlung erreicht werden. Um die schwerwiegendsten Ursachen der verteuerten Bauweise scharf aufzuzeigen, werden auch die Kosten der Kapitalbeschaffung und damit der Verdienst der Banken mit in Betracht zu ziehen sein.

Es ist zwar weit einfacher und wirkungsvoller, auf die „unfinnig hohen Löhne“ hinzuweisen und die Lohnrückerei zu empfehlen, doch darf man dann nicht mehr von einer Prüfung der Ursachen des Konjunkturmangels reden. Wollten aber die Bauunternehmer streifen, würden die Bauarbeiter zeigen, daß es auch ohne sie geht, falls nicht ihre Hintermänner Bauabsatzgebetreiben und den gemeinsamen Angriff auf die Löhne als „Konjunkturrückgang“ ausgeben.

Zur Lage der Bergarbeiter im Saargebiet

nahm eine im Volkshaus in Reunkirchen statt besuchte Bergarbeiter-Veranstaltung Stellung, insbesondere zu den in letzter Zeit besonders häufig in Erscheinung getretenen Mißständen im Saarbergbau. Die Veranstaltung verlangte von der französischen Bergverwaltung scharfste Abhilfe. Insbesondere befahte sie sich mit den seit Wochen schwebenden Verhandlungen, die von der Bergbehörde anscheinend absichtlich in die Länge gezogen werden. Die Veranstaltung forderte Beschleunigung der Verhandlungen und greifbare Ergebnisse bis zum heutigen Tage.

Der neue Redakteur der Bergarbeiterzeitung.

Als Nachfolger Otto Gudd ist, wie die „P. P. A.“ hören, der Landtagsabgeordnete Genosse Heinrich Limberg in die Redaktion der Bergarbeiterzeitung berufen worden. Limberg, der bisher Chefredakteur der Essener Arbeiterzeitung war, ist bekanntlich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen. Er behält sein Mandat auch neben der Stellung bei.

Erfolgreiche Kritik.

In Nr. 368 des „Vorwärts“ erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Die teuere Justiz“, worin u. a. auf die hohen Vergütungen der Justizbeamten für die Nebenarbeit des Aktenheftens und die Hausmeistergehälter hingewiesen wurde.

Das Preussische Justizministerium macht jetzt bekannt, daß in Verantwortung dieser Beschwerden im „Vorwärts“, die bisherigen ungenügenden Vergütungen für die Wahrnehmung der Hausmeistergehälter, für die Beschaffung der Schreibstoffe und das Aktenheften in kurzer Zeit angemessen erhöht werden sollen.

Kampf gegen die sozialen Baubetriebe.

Der Dispreussische Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe hat an die Ortsvorsitzenden und Einzelmitglieder des Verbandes folgendes Rundschreiben gerichtet, das vermuthlich auf Anweisung der Bundesleitung in Berlin an alle Bezirksverbände ergangen ist:

J.-Nr. 588.22. D. S. S. 6. Juli 1922.

An die Herren Ortsverbandsvorsitzenden, Einzelmitglieder usw. Auf Veranlassung des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe, Berlin, teilen wir Ihnen folgendes ergeben mit: Die Produktivgenossenschaften und sozialen Baubetriebe sollen vielfach höheren Lohn als den tariflich vereinbarten und sonstige Sondervergütungen gezahlt haben bzw. zahlen, um Arbeiter in ihre Betriebe zu ziehen. Nachdem der Vorstand sozialer Baubetriebe zwecks Erlangung der Anerkennung der Gemeinnützigkeit seiner Bauhütten seine Satzungen dergestalt abgeändert hat, daß die Verteilung eines Gewinnes ausgeschlossen ist, besteht die Begründete Vermutung, daß den Arbeitern der Gewinn in Form von Mehrgehältern gezahlt wird, daß also heute in den sozialen Baubetrieben und Produktivgenossenschaften Tarifüberschreitungen die Regel bilden.

Um diese Tatsache festzustellen und mit einwandfreiem Material belegen zu können, bitten wir, uns möglichst umgehend folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie haben sich die sozialen Baubetriebe bei Lohnbewegungen des Baugewerbes verhalten?
2. Wo sind seitens der sozialen Baubetriebe höhere als die tariflichen Löhne und Vergütungen gezahlt worden? Nicht genaue Angaben (Zeit, Ort, Baustelle, Bauherr usw.) sind erwünscht.

Die Beantwortung der Fragen ist im Interesse des Baugewerbes unbedingt erforderlich, um den gemeinnützigen Charakter der sozialen Baubetriebe in der Öffentlichkeit richtiger zu beleuchten und dem von amtlichen Kreisen erhobenen Vorwurf, das Baugewerbe treibe eine allzu nachgiebige Lohnpolitik, mit dem Hinweis begegnen zu können, daß die sozialen Baubetriebe den Arbeitgebern des Baugewerbes in den Rücken fallen.

Hochachtungsvoll

Dispreuß. Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe, ges. P. Romeite, 2. Vorsitzender.

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe will also den Kampf gegen die sozialen Baubetriebe durch den Nachweis führen, daß diese Betriebe nicht gemeinnützig seien, weil sie durch Gewährung übertariflicher Löhne den Arbeitern und Angestellten besondere Zulagen machten und damit zur Verteuerung des Bauens beitrügen. Da die sozialen Baubetriebe ihre Aufträge fast ohne Ausnahme im schärfsten Wettbewerb mit den Privatunternehmern hereinnehmen müssen, wird ihnen dieser Nachweis nicht gelingen. Den in sozialen Baubetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten wird aber das Rundschreiben immerhin zeigen, daß es in den sozialen Baubetrieben unter allen Umständen nötig ist, das Wohl der Gesamtheit über das Wohl des einzelnen zu stellen.

Einigung im Töpfergewerbe.

Nachdem mehrere Male die Verhandlungen im Töpfergewerbe wegen der August-Löhne gescheitert sind, ist es am Dienstag zu einer Einigung gekommen. Ab 1. August beträgt der Stundenlohn für Ofenseiger 48 M.; bei Akkordarbeiten werden 4200 Proz. Teuerungszulage gezahlt. Ab 16. August erhöht sich der Stundenlohn auf 49 M., während die Teuerungszulage bei Akkordarbeiten 4900 Proz. beträgt. Ueber die Löhne der Jugendlichen und der Hilfsarbeiter und über die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten sind ebenfalls neue Vereinbarungen getroffen, die in einer weiteren Sitzung formuliert und festgelegt werden sollen.

Achtung, Arbeiter der chemischen Industrie!

Das Angebot der Arbeitgeber der chemischen Industrie für die Augustlöhne ist durch Nachstimmung abgelehnt. Es haben von 126 Betrieben 15283 Kollegen abgestimmt; davon stimmten für Annahme 1792, für Ablehnung 18295, ungültig waren 271 Stimmen. Neue Verhandlungen sind im Gange. Der Bezirksausschuss und evtl. der Zentralausschuss werden instanzmäßig angerufen. Wir bitten alle Funktionäre, wegen der nächsten Funktionärskonferenz, den Vereinskalender der Arbeiterblätter aufmerksam durchzugehen.

Verband der Fabrikarbeiter.

Der Streik der kaufmännischen Angestellten in Frankfurt a. M. ist durch Annahme der in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Lokalrat erfolgten Vorschläge beendet. Die Arbeit wurde in allen kaufmännischen Betrieben gestern nachmittag wieder aufgenommen.

Die Juli-Gehälter bleiben unverändert. Für August sind in der höchsten Altersstufe folgende Gehälter vereinbart worden: Klasse A 9250 M., Klasse B 10.050 M., Klasse C 10.840 M., Klasse D 11.875 M., Klasse E 18.210 M. Die sozialen Zulagen für Betriebsräte und für Kinder bleiben wie bisher.

Der Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. hat sich auf Hamburg vor der Höhe und Oberursel ausgedehnt. Sämtliche Frankfurter Zeitungen sind nach wie vor am Erscheinen verhindert.

Der Landarbeiterstreik in Polen nimmt an Umfang zu. Die Arbeiter fordern 50 Proz. Lohnerhöhung. Zahlreiche polnische Pfadfinder und Studenten haben sich als Streikbrecher aufs Land begeben. In mehreren Kreisen ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen mit den Streikenden gekommen; es fanden Feuergefechte mit dem Militär, Plünderungen, Zerstörung von Telefonverbindungen und Bandenbildungen statt. Die „Agrozpospolita“ macht die polnische Nationale Arbeiterpartei für die Organisation der Ausschreitungen verantwortlich. Nachdem die erste Vermittlungsaktion des Arbeitsministers Doroski vor einigen Tagen gescheitert war, ist nunmehr eine zweite im Gange. Der Minister ist nach Posen gekommen.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Solachmenbrander Donnerstag 10 Uhr in der Bahnhofsstr. 21 (Kofel auf dem Hof), Vertrauensmännerversammlung gemeinsam mit dem Holzarbeiterverband. Unbedingtes Erscheinen aller Vertrauenspersonen erwünscht! Beschlüsse: Beschlüsse des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter. Sitzung, Tagesordnung: 5 Uhr Versammlung bei W. G. Schönlankstr. 20. Deutscher Transportarbeiterverband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Lebensmittel-, Schürzen-, Unterwäsche- und Kinderkleiderfabrikation: Freitag 5 Uhr bei W. G. Schönlankstr. 20, Gruppenversammlung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 12. August, abends 6 Uhr: Wichtige Sitzung im Sekretariat, Lindenstr. 3.

Delegiertenum außerordentlichen Bezirkskongress am 13. August.

Die Tagesordnung des Bezirkskongresses lautet:

1. Der Parteitag 1922 in Augsburg. Referent: Genosse Dr. Adolf Braun.
2. Beschlusfassung über die gestellten Anträge.
3. Wahl der Delegierten.

Die Verhandlungen beginnen um 9 Uhr in den Arminushallen, Kommandantenstr. 58/59.

Die von den Abteilungen befristeten Mandate legitimieren.

Die erwachsenen Mitarbeiter des Vereins Arbeiter-Jugend werden gebeten, vollständig an der republikanischen Jugendlandtagung am Freitag, den 11. August, 7 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen teilzunehmen.

2. Kreis-Tiergarten. Donnerstag, den 10. August, 7 Uhr, in den Arminushallen, Bremer Str. 73, Kreisvorsitzerversammlung. Thema: „Die Aufgaben des Parteitag“. Referent: Genosse Riegmann.

Heute, Donnerstag, den 10. August:

Jugendabteilung. Gruppe Schöneberg-Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Groß, Schöneberg 17, Rathenow-Abend. — Gruppe Neukölln, Friedrichshagen, Schöneberg, Westfalen. 8 1/2 Uhr bei Schöneberg heute abend Punkt 8 Uhr das Sozialwissenschaftliche Institut des Genossen Samuilowicz Dr. Magnus Hirschfeld. Führung nach Fragenbeantwortung. Interessierte Mitglieder der Arbeiter-Jugend und andere Gruppen können sich anschließen.

3. Abt. Eichterfelde. Sonntag, den 13. August, nachmittags. Abteilungssitzung nach dem Restaurant „Madonnen-Schule“. Ein Teil des Gariens ist referent. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Zusammentreffen des Abt. um 5 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 10. August:

Baumhüttenweg. Jugendheim Gräffstr. 16, Besondere, anstehende Diskussion. — West: Jugendheim Chausseest. 45 II, Vortrag und Diskussion: „Die Stellung der Frau in der Republik“. — Friedrichshagen: Jugendheim Offenbacher Straße 6, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung“. — Schöneberg: Jugendheim Gräffstr. 6, Vortrag: „Demokratie und Diktatur“. — Rixdorf: Jugendheim Gräffstr. 6, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung“. — Neukölln: Jugendheim Putzener Str. 26, 7 Uhr Vortrag: „Weg der Geschichtsauffassung“. — Schöneberg: Jugendheim Gräffstr. 16, 7 1/2 Uhr (Gemeinschaftsschule), Diskussion: „Unser Ziel“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 10. 10 1/2 Uhr, in der Oberreithstr. 12, Vortrag des Genossen Otto Sedling: „Sport und Spiel“. Eintritt frei. — Republikanischer Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“. Die Mitglieder des Bundes versammeln sich zur Demonstration am 11. August um 8 Uhr im Lustgarten vor dem Alten Museum.

Veranm. für den redakt. Teil: Franz Klüs, Berlin-Eichterfelde; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Daraus eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Freizeit“.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Kukirool
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Kukirool
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich.
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirool-Fußbad!

Was ist Cord?

Cord ist ein vom bisherigen Vollgewebe gänzlich abweichendes Fadenstoffgewebe mit grundlegend neuen Wirkungsmöglichkeiten.

Was heißt das?

Das will besagen, daß auf Grund zahlreicher wissenschaftlicher und praktischer Versuche sich folgendes ergab:

- Cord (Fadenstoffgewebe) entwickelt weniger Wärme;
- Cord (Fadenstoffgewebe) ist infolgedessen elastischer und schneller;
- Cord (Fadenstoffgewebe) erfordert dadurch weniger Betriebsstoff;
- Cord (Fadenstoffgewebe) ist sparsamer im Gebrauch.

Die Herstellung von Reifen aus Cordgewebe bedeutet eine techn. Umwälzung in der gesamten Reifensabrikation. Dieser Gewebart verdankt der Continental-Cordreifen seine große Beliebtheit bei allen Automobilisten.

Fahr

Continental Cord

